DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR POLITISCHE BILDUNG E.V. gegr. 1965

Verband für Politische Bildung in Schule, Hochschule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Deutsche Vereinigung für politische Bildung e.V. (DVPB e.V.)
Landesverband Sachsen-Anhalt
Institut für Politikwissenschaft (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)
Emil-Abderhalden-Straße 26-27
06108 Halle (Saale)

Halle (Saale), d. 10.03.2026

Stellungnahme des Vorstands des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der Deutschen Vereinigung für politische Bildung zum neuen Erlass des Ministeriums für Bildung Sachsen-Anhalt[1]

Der Vorstand des DVPB-Landesverbandes Sachsen-Anhalt begrüßt den neuen Erlass des Ministeriums für Bildung zur Stärkung der politischen Bildung und Schaffung von Rechtssicherheit an Schulen in Sachsen-Anhalt ausdrücklich – insbesondere angesichts der diesjährigen Landtagswahlen.

In einer Zeit, in der demokratische Werte und gesellschaftlicher Zusammenhalt zunehmend herausgefordert werden, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Schulen als Orte der Demokratie fungieren. Der Erlass bietet Lehrkräften und Schulleitungen eine klare, praxisnahe und rechtssichere Orientierung, um politisch sensible Themen in Schule und Unterricht zu behandeln.

Zustimmung zu den Kernprinzipien

Wir teilen die Auffassung, dass der Beutelsbacher Konsens als verbindlicher Maßstab für politische Bildung in Sachsen-Anhalt fest verankert werden muss. Die drei Kernprinzipien – das Überwältigungsverbot, das Kontroversitätsgebot sowie die Schülerorientierung und Teilhabe – sind essenziell für eine demokratisch fundierte politische Bildung.

Praxisnahe Regeln und pädagogische Verantwortung

Der Erlass stellt praxisnahe Regeln für parteipolitische Werbung innerhalb der Schule des Landes Sachsen-Anhalt vor der Landtagswahl 2026 auf und hebt die Bedeutung der pädagogischen Einbettung von Politikerbesuchen hervor. Wir unterstützen diese Maßnahmen, da sie dazu beitragen, Schulen als offenen Raum für den Austausch demokratischer Ideen zu schützen, ohne dass einzelne parteipolitische Interessen dominieren. Auch auf die politisch heikle, aber demokratisch klare Frage zum Umgang mit extremistischen Parteien geht der Erlass ein: *„Bei Parteien, die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft sind, besteht ein besonderer Aufklärungsauftrag seitens der Lehrkräfte über verfassungsfeindliche Ziele.“*

Die Verantwortung der Lehrkräfte, sich für die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzusetzen, ist von großer Bedeutung. Wir teilen die klare Positionierung des Erlasses gegen diskriminierende, rassistische oder demokratiefeindliche Äußerungen: *„Insofern kann die*

[1] Siehe RdErl. des MB vom 30. Januar 2026 (Umgang mit parteipolitischer Werbung und Politikerbesuchen an Schulen), online abrufbar unter: https://mb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landesjournal/Bildung_und_Wissenschaft/Erlasse/Umgang_mit_parteipolitischer_Werbung_und_Politikerbesuchen_an_Schulen.pdf (Zugriff: 01.03.2026).

Ausgrenzung antidemokratischer und dem wissenschaftlichen Konsens entgegenstehender Positionen im Sinne einer wehrhaften Demokratie auch legitim sein.“

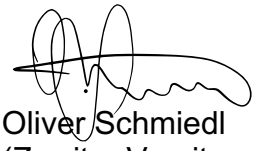
Lehrkräfte müssen befähigt werden, diese Themen kritisch zu reflektieren und einzuordnen und wir fordern in diesem Zusammenhang eine dementsprechende Anpassung der Lehrkräfteaus- und -weiterbildung.

Demokratiebildung als verfassungsrechtlicher Auftrag

Der Vorstand der Deutschen Vereinigung für politische Bildung sieht in der Demokratiebildung einen verfassungsrechtlichen Auftrag, der die Grundlage für die aktive Mitgestaltung der Gesellschaft bildet. Es ist unerlässlich, dass junge Menschen zu eigenständigen und verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürgern erzogen werden.

Wir danken dem Ministerium für Bildung für diesen wichtigen Schritt und bekräftigen unsere Unterstützung für die Inhalte und Ziele des Erlasses. Unsere Schulen müssen Orte bleiben, an denen offene, sachliche und pluralistische Auseinandersetzungen im Geiste der demokratischen Gesellschaft stattfinden können.

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Schmiedl
(Zweiter Vorsitzender)

Im Namen des Vorstands der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Landesverband Sachsen-Anhalt